

Themenblätter im Unterricht

Herbst 2004_Nr. 42



Konjunktur und

Konjunkturpolitik



Seite 3 – 6

Seite 7 – 62

Seite 63 – 64

Anmerkungen für die Lehrkraft
Doppelseitiges Arbeitsblatt im Abreißblock (28fach)
zum Thema: *Konjunktur und Konjunkturpolitik*
Literaturhinweise und Internetadressen

Bestellcoupon auf S. 63/64

Zum Autor:



Gerhard Willke,

geb. 1945, Dr. rer. pol., habilitierte sich in Tübingen und ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Fachhochschule Nürtingen. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind Arbeitsmarkt, Beschäftigung und struktureller Wandel. Er ist Verfasser des Schulbuches Wirtschaftspolitik

(Cornelsen 2003). *Weitere Veröffentlichungen:* Die Zukunft unserer Arbeit (Campus 1999), John Maynard Keynes (Campus 2002), Neoliberalismus (Campus 2003). Bei der Bundeszentrale für politische Bildung: Pocket Wirtschaft (2003); Themenblätter im Unterricht Nr. 30 (Herbst 2003): Arbeitslosigkeit (zusammen mit L. Schaechterle); Themenblätter im Unterricht Nr. 35 (Frühjahr 2004): Staatsverschuldung.

wieder lieferbar:

Thema im Unterricht extra

- Methoden-Kiste
Karteikarten, 3. Aufl. 2004
- Grundgesetz für Einsteiger und Fortgeschrittene.
Arbeitsmappe mit 32 Arbeitsblättern
und dem vollständigen Text des Grundgesetzes

Themenblätter

→ www.bpb.de > Publikationen (dort auch die vergriffenen)

- Nr. 1: Menschliche Embryonen als Ersatzteillager? Bestell-Nr. 5.351 (vergriffen)
- Nr. 2: Die Ökosteuer in der Diskussion Bestell-Nr. 5.352
- Nr. 3: Bundestag/Bundesrat (vergriffen)
- Nr. 4: Demokratie: Was ist das? Bestell-Nr. 5.354 (vergriffen)
- Nr. 5: Fleischkonsum und Rinderwahn Bestell-Nr. 5.355
- Nr. 6: Deutschland, deine Inländer Bestell-Nr. 5.356 (vergriffen)
- Nr. 7: Neuer Markt: Internet und Copyright Bestell-Nr. 5.357
- Nr. 8: Zivilcourage: Eingreifen statt zuschauen! Bestell-Nr. 5.358
- Nr. 9: Pop und Politik Bestell-Nr. 5.359 (vergriffen)
- Nr. 10: Wer macht was in Europa? Bestell-Nr. 5.360 (vergriffen)
- Nr. 11: Geben und Nehmen im Bundesstaat Bestell-Nr. 5.361 (vergriffen)
- Nr. 12: Krieg oder Frieden? Bestell-Nr. 5.362 (vergriffen)
- Nr. 13: Terror und Rechtsstaat Bestell-Nr. 5.363 (vergriffen)
- Nr. 14: Erinnern und Verschweigen Bestell-Nr. 5.364 (Restauflage)
- Nr. 15: Die Osterweiterung der Europäischen Union Bestell-Nr. 5.365 (vergriffen)
- Nr. 16: Mobbing Bestell-Nr. 5.366
- Nr. 17: Religion und Gewalt Bestell-Nr. 5.367 (vergriffen)
- Nr. 18: Schule und was dann? Bestell-Nr. 5.368 (vergriffen)
- Nr. 19: Familie und Frauen-Rollen Bestell-Nr. 5.369 (vergriffen)
- Nr. 20: Der Bundestag – Ansichten und Fakten Bestell-Nr. 5.370 (vergriffen)
- Nr. 21: Hotel Mama – oder die Kunst erwachsen zu werden Bestell-Nr. 5.371
- Nr. 22: Lust auf Lernen Bestell-Nr. 5.372 (vergriffen)
- Nr. 23: Koalieren und Regieren. Bestell-Nr. 5.373
- Nr. 24: 17. Juni 1953 und Herbst '89 Bestell-Nr. 5.374
- Nr. 25: Heimat ist, wo ich mich wohlfühle Bestell-Nr.: 5.375
- Nr. 26: Bevölkerungsentwicklung und Sozialstaat Bestell-Nr.: 5.376
- Nr. 27: Aktien – Chancen und Risiken Bestell-Nr. 5.377
- Nr. 28: Globalisierung – Ängste und Kritik. Bestell-Nr. 5.378
- Nr. 29: Nationale Symbole Bestell-Nr. 5.379
- Nr. 30: Arbeitslosigkeit – Ursachen und Abhilfen Bestell-Nr. 5.380
- Nr. 31: Zuwanderung nach Deutschland Bestell-Nr. 5.381
- Nr. 32: Familienbande Bestell-Nr. 5.382
- Nr. 33: Internet-Sicherheit Bestell-Nr. 5.383
- Nr. 34: Europa der 25 – Osterweiterung der EU. Bestell-Nr. 5.384
- Nr. 35: Staatsverschuldung – Ausmaß und Folgen Bestell-Nr. 5.385
- Nr. 36: Präsidentschaftswahlen in den USA Bestell-Nr. 5.386
- Nr. 37: 20. Juli 1944: Attentat auf Hitler Bestell-Nr. 5.387
- Nr. 38: Jugendbeteiligung in der Demokratie Bestell-Nr. 5.388
- Nr. 39: Zuschauer – Demokratie? Bestell-Nr. 5.389
- Nr. 40: Freiheit und Gleichheit – feindliche Schwestern? Bestell-Nr. 5.390
- Nr. 41: Unser Bild von Afrika Bestell-Nr. 5.391
- Nr. 42: Konjunktur und Konjunkturpolitik Bestell-Nr. 5.392

Abonnieren Sie den bpb-Schulnewsletter!

→ www.bpb.de/newsletter

und erhalten Sie Informationen zu den aktuellen Publikationen, Projekten und Angeboten der bpb rund um Schule und Unterricht: vier Mal im Jahr – das gebündelte Angebot der bpb.

Impressum

Herausgegeben von der Bundeszentrale
für politische Bildung/bpb
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
www.bpb.de
E-Mail der Redaktion: moeckel@bpb.de (keine Bestellungen!)

Autor: Gerhard Willke
Redaktion: Iris Möckel (verantwortlich), Sabine Klingelhöfer

Gestaltung: Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln
Titelbild: Iris Möckel
Druck: Neef + Stumme, Wittingen

Text und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt.

Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Bei allen gesondert bezeichneten Fotos und Karikaturen liegen die Rechte nicht bei uns, sondern bei den Agenturen.

Haftungsausschluss: Die bpb ist für den Inhalt der aufgeführten Internetseiten nicht verantwortlich.

1. Auflage: Oktober 2004
ISSN 0944-8357
Bestell-Nr. 5.392 (siehe Bestellcoupon S. 63)

Gerhard Willke

Konjunktur und Konjunkturpolitik

Hinweise zur Verwendung dieser Themenblätter:

Zweck des Lehrerblatts ist eine grundlegende Orientierung für Lehrerinnen und Lehrer, insbesondere für jene, die fachfremd unterrichten. Zunächst werden Konjunktur und konjunkturelle Arbeitslosigkeit in den Zusammenhang des wirtschaftlichen Wachstums gestellt. Ein Blick auf die Ursachen der Konjunktur leitet über zu den Möglichkeiten und Grenzen der Konjunkturpolitik als Beschäftigungspolitik. Abschließend wird die kurzfristige Nachfragepolitik der mittelfristig orientierten Angebotspolitik gegenüber gestellt.

Das Arbeitsblatt soll Schülerinnen und Schüler auf die aktuelle Kontroverse über Konjunkturpolitik hinführen. Sie sollen die wichtigsten Argumente pro und kontra staatliche Konjunktursteuerung verstehen und einordnen können.

1. Was ist die Konjunktur und welche Auswirkungen hat sie?

Nichts ist so beständig wie die Veränderung; das gilt besonders auch für das Wirtschaftsleben. Schon in biblischen Zeiten folgten auf die sieben fetten Jahre sieben magere – und in der heutigen Zeit folgen auf Phasen hohen Wachstums Jahre mit niedrigem oder gar negativem Wachstum. Damit ist auch schon angedeutet, worum es sich bei der „Konjunktur“ handelt: um zyklische Schwankungen im Tempo des wirtschaftlichen Wachstums.

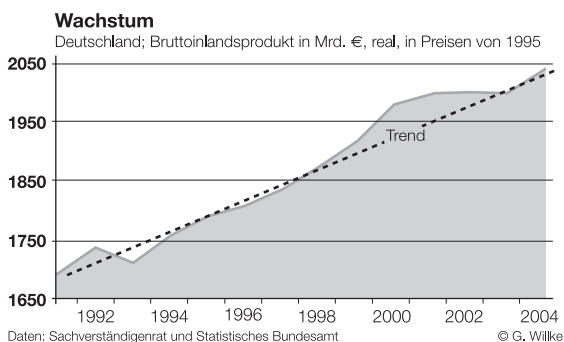


Abb. 1

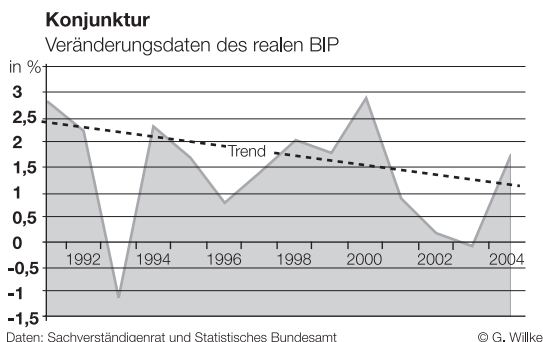


Abb. 2

Die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung (= BIP = Bruttoinlandsprodukt) wächst nämlich keineswegs gleichmäßig und stetig, sondern unterliegt zyklischen Veränderungen. Schaut man sich die Entwicklung des BIP an, wie sie in Abb. 1 dargestellt ist, dann sind die Wachstumsschwankungen nicht

ohne weiteres zu erkennen; eher sieht das nach einer relativ beständigen Aufwärtsbewegung aus. Verwendet man jedoch einen anderen Indikator, nämlich nicht das BIP in absoluten Größen (also in Mrd. €), sondern die Veränderungen des BIP, also die Wachstumsraten, dann treten die Schwankungen sehr deutlich in Erscheinung (vgl. Abb. 2). Was man sieht, ist also immer auch eine Frage der Darstellungsform und der verwendeten Indikatoren.

Die Konjunkturschwankungen lassen sich somit erkennen, wenn man die Veränderungsdaten des BIP beobachtet; es zeigt sich ein gewisses Muster von Auf- und Abschwüngen – ein Muster, das zwar nicht die Regelmäßigkeit von Sinuskurven aufweist, weil das Wirtschaftswachstum von einer Vielzahl von politischen, weltwirtschaftlichen, technologischen und sonstigen Ereignissen beeinflusst wird, das aber gleichwohl eine insgesamt erstaunlich rhythmische Abfolge von Auf- und Abschwungsjahren erkennen lässt. Aufschwünge sind Jahre mit ansteigenden Wachstumsraten, z.B. die Jahre 1997–98, 2000, 2004 – und Abschwünge entsprechend Jahre mit abnehmenden oder gar negativen Wachstumsraten, z.B. 1993, 1995–96 oder 2001–03.

Während die Darstellung der absoluten BIP-Werte das Bild einer relativ beständigen Aufwärtsbewegung vermittelt (Abb. 1), kann man aus der Darstellung der Veränderungsdaten ablesen, dass seit den 90er Jahren eine Wachstumsabschwächung vorliegt; der Wachstumstrend hat sich von knapp zwei Prozent jahresdurchschnittlichem Zuwachs auf ein Prozent abgeflacht. Dieser Aspekt wird weiter unten nochmals mit der Unterscheidung zwischen Zyklus und Trend aufgenommen.

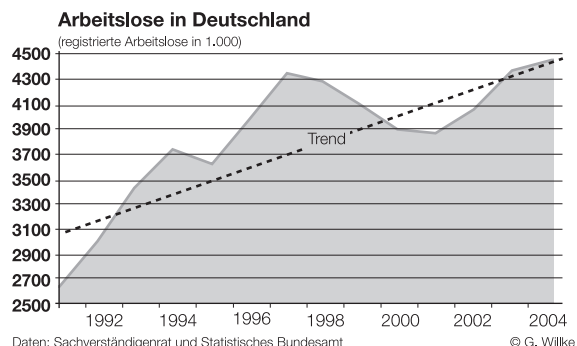


Abb. 3

Warum sollte man sich überhaupt mit der Konjunktur befassen? Was ist das Problem? Immerhin könnte man diese Schwankungen als das normale „Atmen“ der Wirtschaft ansehen, als eine Art „Zyklus“ (man spricht auch von „Wachstumszyklen“), die schließlich sehr viele natürliche und gesellschaftliche Phänomene prägt. Das entscheidende Problem der Konjunkturschwankungen besteht darin, dass diese Phasen der Beschleunigung bzw. der Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums negative Auswirkungen haben: In den Abschwüngen steigt die Arbeitslosigkeit, besonders in Rezessionen (also Phasen, in denen das reale BIP schrumpft wie in den Jahren 1993 und 2003); und in den Aufschwüngen kann es zu einer Beschleunigung der Inflation kommen, besonders in Boomphasen (die es allerdings seit längerem nicht mehr gegeben hat). Diese Auswirkungen der Konjunktur verletzen also wichtige wirtschaftspolitische Ziele, nämlich das Beschäftigungsziel und das Ziel der Preisniveaustabilität (vgl. „magisches Viereck“). Dies ist der Grund, warum Bund und Länder im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 darauf verpflichtet wurden, zu einem „stetigen“ (und „angemessenen“) Wirtschaftswachstum beizutragen.

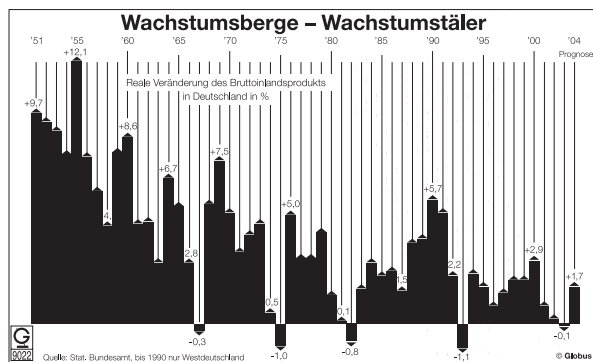


Abb. 4

Betrachtet man die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland im Zusammenhang mit den Konjunkturschwankungen (vgl. Abb. 3), dann zeigen sich deutliche Entsprechungen: In Phasen des Konjunkturabschwungs geht die Beschäftigung zurück und die Zahl der Arbeitslosen steigt an; umgekehrt nimmt die Beschäftigung in Phasen des konjunkturellen Aufschwungs zu, was zu einem Rückgang der Arbeitslosenzahlen führt. Dabei ist zu beachten, dass die Arbeitslosigkeit um einen ansteigenden Trend schwankt, und dass dieser Trendanstieg bei der Arbeitslosigkeit eine Folge des sich abschwächenden Wachstumstrends ist. Noch deutlicher kommt dieser Zusammenhang in der längerfristigen Darstellung zum Ausdruck (vgl. Abb. 4 und 5): Dem langfristig fallenden Wachstumstrend entspricht seit Anfang der 70er Jahre ein steil ansteigender Trend der Arbeitslosigkeit. Die Unterscheidung zwischen Zyklus und Trend ist von beträchtlicher wirtschaftspolitischer Bedeutung. (Das kann hier allerdings nicht ausgeführt werden.) Im Hinblick auf die Beschäftigungspolitik ist relevant, dass Konjunkturpolitik allein die zyklische Komponente der Arbeitslosigkeit bekämpft, während die Trendkomponente Gegenstand der Wachstums-, Struktur- und Standortpolitik ist.

2. Nachfrageschwäche als Ursache der Konjunkturschwäche

Ursache der Konjunkturschwankungen und damit auch der konjunkturellen Arbeitslosigkeit sind Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Eine „schlechte Konjunktur“ ist gekennzeichnet durch eine im Vergleich zum Produktionspotential unzureichende Gesamtnachfrage. Diese Nachfrageschwäche führt zu Absatzschwierigkeiten bei den Unternehmen; es wird weniger produziert, die Auslastung der Betriebe wie auch des gesamten Produktionspotentials sinkt. In dieser Situation sehen sich viele Unternehmen gezwungen, Mitarbeiter zu entlassen: Es kommt zu konjunkturell bedingten „Zugängen in Arbeitslosigkeit“ (vgl. Themenblätter Nr. 30 „Arbeitslosigkeit“).

Arbeitslosigkeit in Deutschland

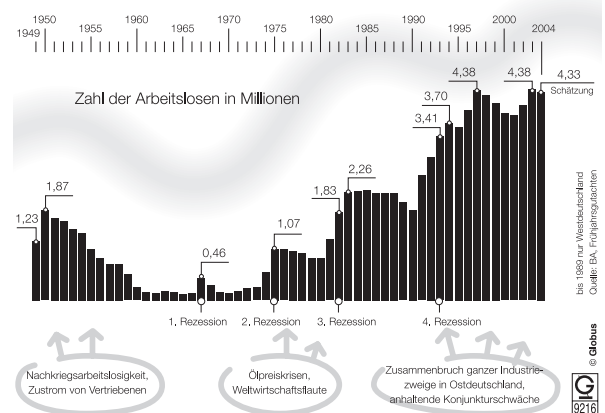
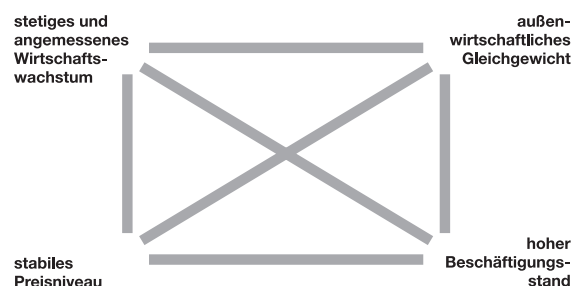


Abb. 5

Es war der englische Ökonom John Maynard Keynes, der in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts die Wirkungszusammenhänge hinter der konjunkturellen Arbeitslosigkeit aufgedeckt hat. Keynes zufolge bestimmt das Niveau der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung die Beschäftigung. Wird weniger produziert, dann benötigen die Betriebe auch weniger Arbeitskräfte. Ob Unternehmen aber viel oder wenig produzieren, hängt in einer Marktwirtschaft entscheidend von der „effektiven“ Nachfrage ab, das heißt von der auf dem Markt wirksamen, kaufkräftigen Nachfrage. Diese Nachfrage wird ihrerseits jedoch bestimmt durch das Einkommen, das aus der Wertschöpfung entsteht. Es liegt also ein Kreislaufzusammenhang vor. Im Schema der Abb. 6 auf Seite 3 ist dargestellt, wie das Beschäftigungsniveau in diesem gesamtwirtschaftlichen Kreislauf bestimmt wird.



► Das keynesianische Kreislaukschema

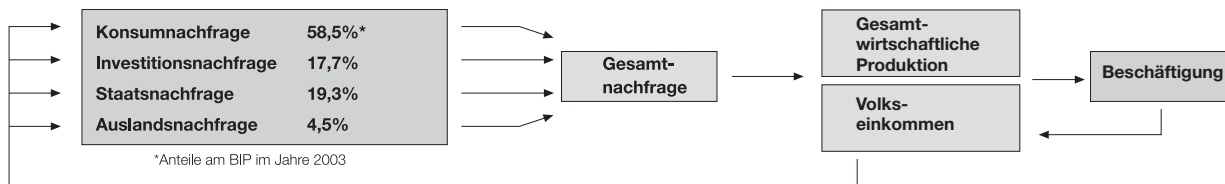


Abb. 6

© G. Willke

3. Konjunkturpolitik als nachfrageorientierte Beschäftigungspolitik

Bei schwacher Konjunktur und steigender konjunktureller Arbeitslosigkeit besteht das Ziel der Beschäftigungspolitik darin, die Konjunktur – und damit das wirtschaftliche Wachstum – wieder anzukurbeln. Die Politik versucht mit geeigneten Maßnahmen, den Konjunkturabschwung zu bremsen und in einen Aufschwung umzulenken. Da es im Abschwung an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage mangelt, muss Konjunkturpolitik die Nachfrage stützen. Zu diesem Zweck kann die Regierung eine expansive Haushalts- und Finanzpolitik betreiben, also die Staatsnachfrage erhöhen. Der Staat könnte auch die Steuern und Abgaben senken, damit Haushalte und Unternehmen ihre Konsum- und Investitionsnachfrage steigern. Doch ist die Wirkung dieser Strategie viel unsicherer als die direkte Erhöhung der Staatsausgaben. In beiden Fällen kommt es zu Haushaltsdefiziten. Das ist dann – und nur dann – hinnehmbar, wenn umgekehrt in Phasen guter Konjunktur Haushaltsüberschüsse erwirtschaftet werden, mit denen die Verschuldung wieder getilgt wird.

Diese Art der Konjunkturpolitik ist antizyklisch angelegt: In der Rezession sollen Staat und Zentralbank durch expansive Maßnahmen die Konjunktur stützen, im Boom sollen sie restriktiv auf die konjunkturelle Entwicklung einwirken, um dadurch die Konjunkturschwankungen insgesamt zu dämpfen. Leider hat dieser im Prinzip durchaus überzeugende Ansatz der antizyklischen Konjunkturpolitik in der Praxis Schiffbruch erlitten, weil die Staatsausgaben in Abschwungsphasen zwar munter erhöht und Haushaltsdefizite angesammelt wurden, aber in den Aufschwungs- und Boomphasen misslang die Dämpfung der Staatsausgaben. Entsprechend stieg die Staatsverschuldung immer weiter an (vgl. Themenblätter Nr. 35: „Staatsverschuldung“). Wegen mangelnden Erfolgs wurde die keynesianische Nachfragepolitik schließlich durch eine stärker marktliberale Angebotspolitik abgelöst.

4. Nachfragepolitik versus Angebotspolitik

Seit Mitte der 70er Jahre zeigte sich (vgl. Abb. 5), dass die Arbeitslosigkeit weniger ein konjunkturell-zyklisches Problem ist als vielmehr ein Trendproblem: Es liegt eine strukturelle Wachstumsschwäche und ein gesamtwirtschaftlicher Mangel an Arbeitsplätzen vor. Dem war nach herrschender Meinung (z.B. Sachverständigenrat und Bundesbank) nicht mit Konjunkturpolitik und Nachfragesteuerung beizukommen, son-

dern nur mit einer nachhaltigen Verbesserung der Angebotsbedingungen der Wirtschaft. Den Unternehmen sollten durch Kostenentlastungen, aber auch durch Deregulierung und Innovationsförderung Anreize geboten werden, wieder mehr am Standort Deutschland zu investieren und hier zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Dies ist bis heute dominierende Meinung, auch wenn von einigen keynesianisch orientierten Ökonomen und von einigen Gewerkschaften weiterhin gefordert wird, die Nachfrageseite durch höhere Staatsausgaben und/oder durch deutlichere Lohnsteigerungen zu stützen. Sie verweisen z.B. darauf, dass eine angebotspolitisch begründete Lohnzurückhaltung die Masseneinkommen schwächt – und damit die Nachfrage und die Konjunktur. Offensichtlich bestehen die Schwierigkeit und die Kunst der Wirtschaftspolitik heute darin, eine mittelfristige Strategie der Angebotspolitik (Verbesserung der Investitionsbedingungen für die Unternehmen) zu verbinden mit einer kurzfristig orientierten Verstärkung der Gesamtnachfrage.

Hinweise zum Arbeitsblatt A

Als Einstieg in das Arbeitsblatt bietet sich die Abbildung „Konjunktur gewinnt an Fahrt“ an. Um die Tabelle bearbeiten zu können, wäre es günstig, wenn Schülerinnen und Schüler zuvor einen ersten empirischen Eindruck vom aktuellen Konjunkturverlauf gewonnen hätten. Bei der Betrachtung der Abbildung kann die Aufmerksamkeit darauf gelenkt werden, dass die Konjunktur im letzten Jahr „im Keller“ war – das lässt sich in der Grafik an den niedrigen und negativen Veränderungsraten ablesen. Inzwischen gewinnt die Konjunktur etwas an Fahrt, und die wirtschaftspolitische Kontroverse dreht sich folglich um die Frage, was getan werden müsste, um die noch schwächelnde Konjunktur zu stützen und einen kräftigen Aufschwung zu sichern.

Die Frage, warum der Staat überhaupt in das Konjunkturgehen eingreifen soll, rückt die Auswirkungen der schwachen Konjunktur ins Blickfeld: die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit (Frage 2 zur Abbildung). Die meisten Schülerinnen und Schüler kommen sehr schnell darauf, dass die steigende Arbeitslosigkeit eine schwerwiegende Folge der Konjunkturfalte ist. Deswegen verlangen auch viele Bürger*innen/Wähler*innen, ebenso wie die Gewerkschaften und einige Parteien, dass die Regierung „etwas“ gegen die Wachstumsschwäche und damit gegen die Arbeitslosigkeit unternimmt. Die Regierung soll für mehr Wachstum sorgen, so das Hauptargument, dann würde auch die Beschäftigung wieder ansteigen. Die Aufgabe 3 zur Abbildung fragt hier spontane Äußerungen ab, die dann durch das Arbeitsblatt B fundiert und gegebenenfalls revidiert werden können.

Ausfüllhilfe zur Tabelle:

Bevor die Lerngruppe mit der Tabelle beginnt, sollte geklärt sein, dass der Aufschwung als Phase ansteigender Wachstumsraten des realen BIP definiert ist, der Boom als eine Phase hoher Wachstumsraten (zwischen 4 und 6 %). Umgekehrt ist der Abschwung eine Phase sinkender Wachstumsraten, und die Rezession eine Phase negativer Veränderungsrate (schrumpfendes Sozialprodukt). Die Aufgabe besteht nun darin, wirtschaftliche Tatbestände (ausgedrückt in Begriffen, die täglich in den Medien vorkommen) diesen beiden konträren Konjunkturlagen zuzuordnen. Die Gruppe soll dadurch eine gehaltvollere Vorstellung von der Konjunktur und ihren Folgen bekommen.

Das (allerdings schon recht anspruchsvolle) Verständnisziel könnte darin bestehen, dass Schülerinnen und Schüler die Konjunktur als eine Abfolge von Selbstverstärkungsprozessen begreifen lernen. Die zentrale Überlegung in diesem Zusammenhang ist die, dass expansive bzw. kontraktive Prozesse „sich selbst nähren“. So führt z.B. mehr Nachfrage zu mehr Produktion und Beschäftigung, also zu mehr Wachstum. „Mehr Nachfrage“ heißt u.a., dass private und öffentliche Haushalte höhere Ausgaben tätigen. Die Ausgaben der Haushalte sind die Einnahmen der Unternehmen; wenn die Unternehmen mehr verkaufen, dann produzieren sie auch mehr, wenn sie mehr produzieren, dann benötigen sie auch mehr Arbeitskräfte (vgl. hierzu nochmals Abb. 6). Dies ist der sich selbst verstärkende Mechanismus der Konjunktur, der natürlich in beide Richtungen wirkt. Die Vorstellung vom Selbstverstärkungsprozess ist auch Grundlage der wirtschaftspolitischen Forderung, dass der Staat in der Rezession einen „Impuls“ gibt, um die Gesamtnachfrage zu stützen.

Hinweise zum Arbeitsblatt B

Jetzt wird die konjunkturpolitische Diskussion eröffnet. Zwischen Parteien, Verbänden (z.B. Gewerkschaften und Arbeitgebern) und Experten/Expertinnen gibt es natürlich heftigen Streit, ob und wie der Staat in den Wirtschaftsprozess eingreifen soll. In eher spielerischer Form könnte man zunächst das Rollenspiel „Konjunkturprogramme pro und kontra“ durchführen. Die darin geäußerten Thesen und Argumente können dann in einem zweiten Schritt systematisiert und bewertet werden. Als Arbeitshilfe wird hier eine Reihe von Argumenten vorgegeben, die individuell oder gemeinsam an der Tafel zugeordnet und kommentiert werden können.



Zeichnung: Hagi

Dabei stößt man unvermeidlich auf die Kernfrage: „Wie sollen die zusätzlichen Staatsausgaben finanziert werden?“ Durch höhere Steuern und Abgaben (z.B. auf Gewinne, hohe Einkommen und große Vermögen) – was in die Problematik der „Abwanderung“ führt; oder aber durch Kreditfinanzierung der Haushaltsdefizite – was in die Problematik einer weiter steigenden Staatsverschuldung führt (vgl. Themenblätter Nr. 35).

Ergänzende Aspekte

Die Regierung kann eine expansive Haushalts- und Finanzpolitik betreiben, also die Staatsnachfrage erhöhen, am besten ergänzt durch eine expansive Geldpolitik der Zentralbank (heute die Europäische Zentralbank, die jedoch in ihren Entscheidungen autonom ist).

Konkret kann das so aussehen, dass die Bundesregierung zur Belebung der Konjunktur und zur Stärkung der Gesamtnachfrage ein Konjunktur- und Beschäftigungsprogramm beschließt, also zusätzliche Staatsausgaben tätigt. Solche Ausgabenprogramme können z.B. Infrastrukturmaßnahmen vorsehen, also zusätzliche oder vorgezogene Aufträge für Straßenbau, Bau oder Renovierung von Schulen, Krankenhäusern etc., und/oder die zusätzliche oder vorgezogene Beschaffung von Ausrüstungen, Fahrzeugen etc. für Polizei und Militär.

Diese Ausweitung der Staatsausgaben soll als Anstoß wirken, von dem weitere, multiplikative Wirkungen ausgehen: Wenn die Unternehmen durch zusätzliche Aufträge besser ausgelastet sind und mehr produzieren, dann benötigen sie ihrerseits mehr Vorprodukte (Aufträge an weitere Unternehmen), und sie stellen wieder zusätzliche Mitarbeiter ein; die Einkommen steigen und werden in steigende Konsumausgaben umgesetzt. Insgesamt wird dadurch also eine konjunkturelle Abwärtsspirale in eine expansive Aufwärtsspirale umgedreht. Im Prinzip könnte der Staat auch die Steuern und Abgaben senken, statt seine Ausgaben zu erhöhen; wenn den Haushalten und Unternehmen mehr übrig bleibt, könnten diese ihre Konsum- und Investitionsnachfrage erhöhen; damit würde nicht der öffentliche, sondern der private Sektor ausgeweitet. Die Wirkung dieser alternativen Strategie ist jedoch viel unsicherer als die direkte Erhöhung der Staatsausgaben. In vielen Darstellungen zur aktuellen Konjunkturlage und zu den Aussichten für das Jahr 2005 wird ausgesagt, dass die Konjunktur jetzt „in Fahrt“ komme (so z.B. auch in der Abbildung des Schüler-Arbeitsblattes). Dabei sollte nicht unterschlagen werden, dass es sich hier um Projektionen = „bedingte Prognosen“ handelt, die allenfalls die zur Zeit für wahrscheinlich gehaltene künftige Entwicklung beschreiben. Es ist durchaus möglich, dass diese Prognosen durch unerwartete Ereignisse wieder über den Haufen geworfen werden, – z.B. steigende Ölpreise, (wieder) aufflammende Kriege, Naturkatastrophen und so weiter. Bei der Diskussion der aktuellen und künftigen Konjunkturentwicklung wäre also zu beachten, dass die jeweiligen Prognosen durch unterschiedliche Einschätzungen und Erwartungen bedingt und beeinflusst sind.

Gerhard Willke

Konjunktur: was ist das eigentlich?

Im konjunkturellen Aufschwung und in der Hochkonjunktur (Boom) steigen Nachfrage, Produktion, Kapazitätsauslastung, Gewinne und – mit einer gewissen Verzögerung – auch Beschäftigung, Löhne und Gehälter sowie der Konsum. Im Abschwung sind alle genannten Größen dagegen rückläufig, die Nachfrage sinkt, und mit ihr Produktion, Investitionen, Beschäftigung und Unternehmensgewinne. Die Folge ist eine steigende Arbeitslosigkeit in Abschwung und Rezession.

Ordnen Sie die vorgegebenen Stichworte den jeweiligen Konjunkturphasen zu.

Konjunkturphasen →

Aufschwung/Boom

Abschwung/Rezession

Nachfrage und Produktion

Nachfragerückgang / Produktionsausweitung / Anstieg der Nettoinvestitionen / sinkende Auslastung der Maschinen und Produktionsanlagen / Betriebsstillegungen / gutes Konsumklima

Beschäftigung

Entlassungen / unbesetzte offene Stellen / steigende Arbeitslosigkeit / Beschäftigungszunahme / Anstieg der Überstunden / Einstellungen / Sonderschichten

Einkommen

Abbau übertariflicher Leistungen / Gewinnexplosion / Lohnsteigerungen / Mindestlöhne / Gewinnexpansion / Verluste / steigende Massenkaufkraft

Konsum und Sparen

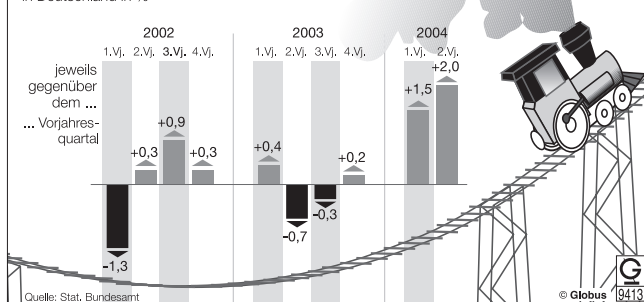
Zuversichtliches Konsumklima / unsichere Zukunftserwartungen / „Angstsparen“ / hohe Sparneigung / Zunahme der Kreditnachfrage /

Preisentwicklung/Inflation

Rückläufiges Preisniveau / Zinsen steigen / Inflationsraten sinken / anziehende Großhandelpreise / Konsumgüterpreise nachgebend / Bundesbank besorgt über Preisentwicklung

Konjunktur gewinnt an Fahrt

Reale Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland in %



1. Beschreiben Sie, was die Grafik über die konjunkturelle Entwicklung seit dem zweiten Quartal 2003 aussagt.

Benutzen Sie dabei auch die Stichworte Bruttoinlandsprodukt, Vergleichszeitraum, reales Wachstum, Belebung der Konjunktur, Zunahme der Wachstumsrate, schrumpfendes Sozialprodukt.

2. Überlegen Sie, warum sich alle Welt über eine „schlechte“ Konjunktur beklagt; was ist daran so schlecht?

Notieren Sie in Stichworten, welche unerwünschten Folgen es haben kann, wenn die Konjunktur „im Keller“ ist. Greifen Sie dabei auf Ihre ausgefüllte Tabelle zurück.

3. Was könnte die Bundesregierung tun, um das Wachstum zu fördern und die Konjunktur „anzukurbeln“?

Notieren Sie in Stichworten, welche Maßnahmen Sie für geeignet halten, um Konjunktur und Wachstum anzuregen.

Konjunktur und Konjunkturpolitik

A Kontroverse: Zwei Vorschläge, um die Konjunktur wieder in Gang zu bringen

Was soll der Staat in der aktuellen Konjunkturlage machen? Darüber gehen die Meinungen natürlich auseinander. Im Folgenden finden Sie zwei unterschiedliche Vorschläge zur Konjunkturpolitik.

1. Lesen Sie diese beiden Zeitungsausschnitte und vergleichen Sie die unterschiedlichen Positionen:

a) Welche Ziele verfolgen die beiden Verbände?

b) Welche konkreten Vorschläge unterbreiten sie?

c) Inwiefern können die Vorschläge zur Verbesserung der Konjunkturlage beitragen?

d) Worin bestehen die Nachteile der jeweiligen Vorschläge?

Diskutieren Sie die beiden Vorschläge und versuchen Sie, eine eigene Stellungnahme zu formulieren.

Welchen Vorschlag unterstützen Sie? Warum?

Die Forderung der Gewerkschaften

DGB*-Vorstandsmitglied Heinz Putzhammer:

„Deutschland leidet unter einer Spaltung der Konjunktur: Während die Exportkonjunktur boomt, liegt die Binnennachfrage am Boden. Eine Belebung der heimischen Investitionstätigkeit und Konsumnachfrage ist nicht erkennbar. Die Binnennachfrage braucht deshalb einen finanzpolitischen Impuls. Nur dadurch kann das Vertrauen der Konsumenten und Investoren gestärkt und ein nachhaltiger Aufschwung in Gang gebracht werden.“

Der DGB fordert ein kommunales Investitionsprogramm mit den Schwerpunkten Bildung, Verkehrsinfrastruktur und ökologische Modernisierung. Auch die Auflage von Investitionszulagen ist ein richtiges Instrument.“

Pressemitteilung des DGB vom 27.9.2004

* DGB = Deutscher Gewerkschaftsbund

Die Forderung der Wirtschaft

Berlin (Reuters) - Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft haben Bundesregierung und Opposition aufgefordert, noch in dieser Legislaturperiode die Steuern und Abgaben für Unternehmen deutlich zu senken... Eine moderate und einfache Besteuerung würde als eine Initialzündung verstanden, um Deutschland nach vorne zu bringen und einen Stimmungswechsel zu erreichen.

Das Bundesfinanzministerium wies die Forderung der Verbände zurück und verwies auf die zu erwartenden Steuerausfälle, die das Haushaltsdefizit weiter in die Höhe treiben würden ... „Nationale Alleingänge“, so ein Sprecher des Ministeriums, „führen in der Steuerpolitik nicht zum Erfolg.“

Quelle: Reuters.de vom 7.10.2004

B Konjunkturprogramme: Pro und Kontra

1. Sortieren Sie die unten stehenden Argumente in zwei Gruppen: **Pro:** Für zusätzliche Staatsausgaben und für eine aktive Konjunkturpolitik; **Kontra:** Gegen zusätzliche Staatsausgaben und gegen eine aktive Konjunkturpolitik.

2. Organisieren Sie anschließend ein Rollenspiel zur Frage: "Was kann der Staat zur Belebung der Konjunktur tun?", indem sie je eine Pro- und eine Kontra-Gruppe bilden.

- Zusätzliche Staatsausgaben vergrößern den Staatssektor (erhöhen die Staatsquote) zu Lasten des privaten Sektors; wir brauchen nicht mehr, sondern weniger Staat.

Pro ☐

Kontra ☐

- Wenn der Staat ein Konjunkturprogramm beschließt, also „etwas tut“, hebt das die Stimmung in der Wirtschaft; das Konsumklima verbessert sich; das nützt der Konjunktur.

Pro ☐

Kontra ☐

- Der Staat hat eine Fürsorgepflicht für die sozial Schwachen; er muss sich um soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft kümmern.

Pro ☐

Kontra ☐

- Konjunkturprogramme bringen nur Unruhe in die Wirtschaft; nötig ist eine „Politik der ruhigen Hand“.

Pro ☐

Kontra ☐

- Das Problem liegt nicht bei der mangelnden gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, sondern bei der Verunsicherung der Konsumenten und Investoren; die brauchen eine verlässliche Politik, keine konjunkturpolitischen Strohfeuer.

Pro ☐

Kontra ☐

- Zusätzliche Staatsausgaben können einen Selbstverstärkungsprozess in Gang setzen; dann erhöhen auch die Unternehmen ihre Investitionen, und das stärkt die Konjunktur weiter.

Pro ☐

Kontra ☐

- Staatliche Programme blockieren die Eigeninitiative: Die Wirtschaftssubjekte warten auf staatliche Maßnahmen, statt selbst zu handeln und etwas zu „unternehmen“, um so den technischen und strukturellen Wandel voranzutreiben. Sie warten auf den Staat.

Pro ☐

Kontra ☐

- Zusätzliche Staatsausgaben müssen finanziert werden; eine Finanzierung über Steuern belastet die privaten Haushalte und die Unternehmen; eine Finanzierung über Kredite erhöht die Staatsverschuldung und die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte.

Pro ☐

Kontra ☐

- Öffentliche Investitionen sind ohnehin dringend erforderlich (z.B. Schulen, Stadtanierung); es ist sinnvoll, sie aus konjunkturellen Gründen vorzuziehen und damit einen positiven Konjunkturimpuls zu setzen.

Pro ☐

Kontra ☐

- Wenn die Konjunktur wieder läuft, steigen auch die Steuereinnahmen; damit kann der Staat die Kredite wieder tilgen (jedenfalls größtenteils).

Pro ☐

Kontra ☐

- Zusätzliche Staatsausgaben erhöhen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage; das ist gut für Konjunktur, Wachstum und Beschäftigung.

Pro ☐

Kontra ☐

Internet- und Kontaktadressen

Institutionen/Organisationen

- Bundeswirtschaftsministerium: → www.bmwi.de
Das BMWi legt regelmäßige Berichte zur Konjunkturlage vor (auch im Internet abrufbar).

Wirtschaftsforschungsinstitute

- DIW – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin → www.diw.de
- ifo – Institut für Wirtschaftsforschung, München → www.ifo.de
- IW – Institut der deutschen Wirtschaft, Köln → www.iwkoeln.de
- HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg → www.hwwa.de
- IFW – Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel → www.ifw-kiel.de
- IWH – Institut für Wirtschaftsforschung Halle → www.iwh-halle.de

Diese Institute legen regelmäßig Untersuchungen zur aktuellen Konjunkturlage vor; im Frühjahr und im Herbst veröffentlichen sie Gemeinschaftsgutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung.

- Sachverständigenrat → www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de
Jedes Jahres legt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ein Gutachten vor, das umfassend über die aktuelle und vergangene Wirtschaftsentwicklung informiert. Die aktuellen Jahresgutachten des Rates können im Internet abgerufen werden.
- Statistisches Bundesamt → www.destatis.de
(mit Links zu allen Statistischen Landesämtern)
Wichtige Quelle für Wirtschaftsdaten aus den Bereichen der amtlichen Statistik. Mit aktuellen Pressemitteilungen und Grafiken zur Konjunkturlage.
- Deutsche Bundesbank → www.bundesbank.de > Volkswirtschaft > Monatsberichte.
Die Monatsberichte der Deutschen Bundesbank enthalten regelmäßig Berichte und Statistiken über die Entwicklung der Konjunktur. Sie sind hier als downloads verfügbar.

Arbeitgeber/Gewerkschaften

- Institut der deutschen Wirtschaft in Köln → www.iwkoeln.de
bringt den Informationsdienst iwd heraus – Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft. Auch online verfügbar unter → www.iwkoeln.de/Publikationen > allgemeine Infodienste > iwd
– wobei die Darstellungen die Sicht der Wirtschaft bzw. der Arbeitgeber widerspiegeln.
- Aus der Sicht der Gewerkschaften → www.dgb.de
kann man sich in folgenden Broschüren informieren (das aktuelle Heft als download):
 - Einblick (Themenübersicht über die Adresse → www.einblick.dgb.de)
 - Gewerkschaftliche Monatshefte: Themenübersicht über die Adresse → www.gmh.dgb.de
(eine Auswahl von Artikeln der aktuellen Hefte sind online gestellt)

Allgemein:

Bundeszentrale für politische Bildung

Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Tel. 0 18 88/5 15 - 0
Fax 0 18 88/5 15 - 1 13
→ www.bpb.de

Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit

Platz der Republik, 11011 Berlin
Tel. 0 30/2 27 - 2 74 53/ -2 79 69/ -0
Fax 0 30/2 27 - 2 65 06
→ www.bundestag.de



Bestellcoupon

Achtung: Neue Versandbedingungen! Bis 1 kg kostenlos und portofrei, bei 1-15 kg Portobeitrag von ca. 4,60 EUR per Überweisung nach Erhalt.

Themenblätter im Unterricht, Herbst 2004

- Bestell-Nr. 5.389 _____ Nr. 39: Zuschauer–Demokratie?
Bestell-Nr. 5.390 _____ Nr. 40: Freiheit und Gleichheit – feindliche Schwestern?
Bestell-Nr. 5.391 _____ Nr. 41: Unser Bild von Afrika
Bestell-Nr. 5.392 _____ Nr. 42: Konjunktur und Konjunkturpolitik

Weitere Themenblätter: siehe Umschlagseite 2

- Bestell-Nr. _____ Exemplare _____
Bestell-Nr. _____ Exemplare _____
Bestell-Nr. _____ Exemplare _____
Bestell-Nr. _____ Exemplare _____

Alle Themenblätter im Unterricht sind auch im Internet abrufbar (Kopiervorlagen auch in schwarz-weiß)
→ www.bpb.de (Publikationen)

Neu: Thema im Unterricht extra: „Was heißt hier Demokratie?“

32 farbige Arbeitsblätter

Bestell-Nr. 5.396 _____ Exemplare

Bestell-Nr. 5.341 **Pocket** Politik _____ Exemplare

Bestell-Nr. 5.342 **Pocket** Wirtschaft _____ Exemplare

Bestell-Nr. 5.343 **Neu: Pocket** global _____ Exemplare

Achtung: Bereitstellungsgebühr 1,- Euro

☐ Verzeichnis der lieferbaren Unterrichtsmaterialien,
Bestell-Nr. 999 (wird ca. alle 6 Wochen aktualisiert)

Timer bitte nicht mit diesem Coupon bestellen, sondern direkt über www.bpb.de/timer



Literaturhinweise

· Willke, Gerhard: Wirtschaftspolitik

(Kursthemen Sozialwissenschaften)

Berlin: Cornelsen 2003. ISBN 3-464-65299-8.

Die Themen Konjunktur, Konjunkturpolitik und Beschäftigungspolitik werden in den ersten drei Kapiteln ausführlich behandelt. Anhand von Materialien und Arbeitsaufgaben werden sowohl die keynesianische, antizyklische Beschäftigungspolitik als auch die mittelfristig orientierte Angebotspolitik thematisiert.

· Monatsberichte der Deutschen Bundesbank

Enthalten regelmäßig Berichte und Statistiken zur Konjunkturentwicklung.

Veröffentlichungen der Bundeszentrale für politische Bildung

· Datenreport 2004 Schriftenreihe Band 450, Bestell-Nr. 1450;

Bereitstellungspauschale 2.- Euro

Kapitel 11: Öffentliche Haushalte.

· Pocket Wirtschaft

handliches Wirtschaftslexikon

der Bundeszentrale für politische Bildung

Bestell-Nr. 5.342, Bonn 2003.

· Willke, Gerhard; Schaechterle, Lothar:

Arbeitslosigkeit – Ursachen und Abhilfen

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.):

Themenblätter im Unterricht (Nr. 30). Bonn 2003

· Willke, Gerhard: Staatsverschuldung – Ausmaß und Folgen

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.):

Themenblätter im Unterricht (Nr. 35). Bonn 2004.

· Wirtschaft heute

Schriftenreihe Nr. 335, Bestell-Nr. 1.092, Bonn 2003, 335 Seiten.

Bereitstellungspauschale 2.- Euro.

Zu beziehen von bpb-Vertrieb DVG, Postfach 1149, 53333 Meckenheim

oder: → www.bpb.de > Publikationen

Anschauliche Einführung zu Grundlagen und Problemen der aktuellen

Wirtschaft und Wirtschaftspolitik mit zahlreichen Abbildungen.

Ab Dezember 2004!



»pocket global« Globalisierung in Stichworten

Handliches, leicht verständliches und illustriertes Lexikon für die Hosentasche mit kurzen Erklärungen zu den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Grundbegriffen zum Thema. Dazu gibt es Tipps und Adressen zur Informationsbeschaffung und zum eigenen Engagement. 160 Seiten.

Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Bonn 2004
Autor: Uli Jäger, Tübingen

Zu bestellen über: → www.bpb.de

oder mit dem folgenden Coupon

Bestell-Nr. 5.343

Fax: 0 89-5 11 72 92

E-Mail: infoservice@franzis-online.de

Firma

Franzis' print & media

Postfach 15 07 40

80045 München

Lieferanschrift (nur Inlandsadressen!)

☐ SCHULE ☐ PRIVAT

VORNAME:

NAME:

KLASSE/KURS:

SCHULE:

STRASSE:

PLZ/ORT: